

Limburger Anzeiger

zugleich amtliches Kreisblatt für den Kreis Limburg

(Limburger Zeitung)

Älteste Zeitung am Platze. Begründet 1838

(Limburger Tageblatt)

Erscheint täglich

mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage
zu Ende jeder Woche eine Beilage.
Kommers- und Winterfahrplan je nach Inkrafttreten.
Wandkalender um die Jahresende.

Verantwortl. Redakteur J. Buhl, Druck und Verlag von Moriz Wagner
K. Schindler Verlag u. Buchdruckerei in Limburg (Rhein) Fernsprecher Nr. 82.

Anzeigen-Aufnahme bis 9 Uhr vormittags des Erscheinungstages

Bezugspreis 2 Mark 40 Pf.

vierteljährlich ohne Postgebühren.

Einzelnummern 20 Pf.

die kaiserliche Postanstalt oder deren Raum.
Reklamen bis 91 Mark breite Zeitzeile 60 Pf.
Nachzeit wird nur bei Wiederholungen gewährt.

Nummer 102

Limburg, Donnersag den 2. Mai 1918

81. Jahrgang

Feindliche Angriffe in Flandern verlustreich gescheitert.

Gegenangriffe gegen Dranoeter abgewiesen.

Großes Hauptquartier, 1. Mai. (W.I.B. Amtlich.)

Westlicher Kriegshauptplatz.

In Flandern lebte der Feuerkampf in den Abschnitten von Eker und Dranoeter zu größerer Heftigkeit auf. Frisch den Kampf geworfene französische Kräfte versuchten verlustreich gegen Dranoeter vorzudringen. Ihr mehrfacher Angriff brach in unserem Feuer zusammen.

Auf dem Schlachtfeld beiderseits der Somme führten erfolgreiche Erkundungen durch.

Vorstöße in die feindlichen Linien südwestlich von Nogon über den Dije-Nisne-Kanal bei Baresnes brachten mehr 50 Gefangene ein.

An der übrigen Front nichts von Bedeutung.

Osten.

Finnland.

In verzweifelten Kämpfen versuchte der Feind unsere nordwestlich von Tawastehus und bei Lahti zu durchbrechen. Unter schwersten Verlusten wurde er zurückgeschlagen. Finnländische Truppen haben die Festung Wiborg genommen.

Finnland.

In der Krim haben wir Theodosia kampflos besetzt.

Der erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Der Abendbericht.

Berlin, 1. Mai, abends. (W.I.B. Amtlich.)

Von den Kriegshauptplätzen nichts neues.

28 000 Tonnen.

Berlin, 30. April. (W.I.B. Amtlich.) Im Sperrgebiet um England wurde der Handelsverkehr unserer Feinde durch die Versenkung von 28 000 Bruttoregistertonnen schwer behindert. Den Hauptanteil an diesem Erfolg hat Oberleutnant zur See Steindorff. Das von ihm befehligte Boot versenkte im Merseykanal allein sechs Dampfer mit zusammen 23 000 Bruttoregistertonnen. Alle Dampfer, darunter zwei Schiffe von je 5000 Tonnen, waren tief beladen und stark gesichert. Zwei Dampfer wurden aus Geleitzügen herausgeschossen. Es kann mit Sicherheit angenommen werden, daß mit den Ladungen der versenkten Schiffe wiederum wertvolles Kriegsmaterial in großen Mengen für den Feind vernichtet wurde.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Die deutsche Beute in der Westschlacht.

Mit der Eroberung des Kemmelmassivs hat sich die deutsche Beute in der Westschlacht bis zum 1. Mai auf über 27 000 gezählte ungewundene Gefangene und über 1600 Geschütze gesteigert. Besonders erwähnenswert ist, daß die am Kemmel eingebrachten Gefangenen ganz überwiegend Teil den Elite divisionen der französischen Armee angehören. Auch die nach vielen Tausenden zählende Maschinengewehrbeute ist wieder um einige Hundert vermehrt worden.

Neue Rheinbrücken mit den Namen deutscher Seerführer.

Berlin, 1. Mai. Der Kaiser hat an den Kronprinzen folgendes Telegramm gerichtet: Es ist mir eine große Freude, dir mitzuteilen, daß ich heute befohlen habe, daß die Rheinischen Eisenbahnbrücke bei Engers, welche in großer Zeit erbaut, der Landesverteidigung wichtige Dienste leisten soll, den Namen „Kronprinz-Wilhelm-Brücke“ erhalten soll. Die Verwaltung der preussischen Staatsbahnen, welche mir den Vorschlag gemacht hat, will dadurch dankbar deinen Namen als Seerführer ehren. Die gleiche Ehrung hat Seine Majestät der Kaiser dem Generalfeldmarschall v. Hindenburg zuteil werden lassen, dessen Name die neue Rheinbrücke bei Radesheim trägt. Die neue Rheinbrücke bei Remagen soll ferner den Namen „Ludendorff-Brücke“ tragen.

Deutsch-holländische Verständigung.

Rotterdam, 1. Mai. (W.I.B.) Wie „Nieuwe Courant“ erzählt, sind die Verhandlungen mit Deutschland, die in letzter Woche zu einer Spannung Anlaß gegeben haben, so weit vorgeschritten, daß eine für beide Parteien befriedigende Regelung erzielt wurde und eine Mitteilung darüber in sehr kurzer Zeit erwartet werden kann.

Die Wahlrechtsvorlage im Abgeordnetenhaus.

In Fortsetzung der Beratung der Wahlrechtsvorlage führt

Ministerpräsident Graf Hertling

aus: Die Vorgänge der heutigen Sitzung können ja gewisse Zweifel erregen, ob wir noch zu einer Verständigung über die uns jetzt beschäftigende Materie gelangen. Aber, gerade diese Vorgänge, und die lebhafteste Erregung, die sich heute fundgegeben hat, haben doch gezeigt, wie stark innerhalb dieses Hauses auf allen Seiten das Gefühl der Verantwortlichkeit ist, mit dem Sie der heutigen Entscheidung entgegengetreten. Dieses Gefühl der Verantwortung gibt mir die Hoffnung, daß es doch noch möglich sein wird, zu einer Verständigung zu gelangen (Beifall links und in der Mitte), und einen Weg zu finden, daß die jetzt so weit auseinander liegenden Meinungsverschiedenheiten zu einer einheitlichen Zusammenfassung werden können. (Erneuter Beifall.) Daß der Artikel 3 in der Fassung, die Ihre Kommission ihm gegeben hat, für die Staatsregierung nicht annehmbar ist, das, meine Herren, werden Sie sich zweifellos nach den wiederholt abgegebenen Erklärungen der Staatsregierung selbst gesagt haben. (Zustimmung.) Und auch der gewiß gut gemeinte Antrag des Herrn Abg. Lohmann, der aus dem Kommissionsantrag verschiedene Schärfen beseitigt, auch dieser Antrag kann nicht zum Ziele führen. Denn auch dieser Antrag nimmt dem Gesetz nicht den platonischen Charakter, den wir schließlich vermeiden wollten. Ein platonisches Wahlrecht ist unwirksam, oder es geht über das Ziel weit hinaus und verschärft die vorhandenen Gegensätze, statt eine Milderung herbeizuführen. Das gleiche Wahlrecht muß grundsätzlich festgehalten werden. (Beif.) Die Forderung ist gegeben, die Forderung muß eingehalten werden. Und ich bitte, zu beachten, daß in den modernen Staaten das politische und soziale Leben auf dieses Ziel eingestellt ist, daß dieses Ziel eines gleichen Wahlrechts in einer ganzen Reihe von modernen Staaten bereits erreicht worden ist, in manchen Staaten weit hinausgehend über das, was der Ihnen vorgelegte Gesetzentwurf vorschlägt. (Sehr wahr, auf der äußersten Linken.) Meine Herren! Es ist auf die Dauer nicht möglich, daß sich Preußen dieser tiefgehenden Bewegung entzieht, daß in Preußen dieses gleiche Wahlrecht dauernd ausgeschlossen sein soll. (Sehr richtig, links.) Es ist aber auch wünschenswert, daß wir jetzt baldigst zu einer Entscheidung kommen. Das öffentliche Leben — wenn das auch nicht immer in die Erscheinung tritt — dreht sich jetzt im Bewußtsein des ganzen Volkes um die Frage des gleichen Wahlrechts. (Lebhafte Zustimmung links und in der Mitte. Stürmische Rufe rechts: Nein! Erneute Zustimmung links und in der Mitte.) Die Ansichten darüber können ja verschieden sein, das bezweifle ich nicht. Ich kann nur sagen, daß ich mich bemüht habe, bis in die letzte Zeit hinein, möglichst Fühlung zu nehmen und mit der Stimmung der verschiedenen Volksteile zur Kenntnis zu bringen. Da ist mir immer wieder entgegengetreten: Die Frage des gleichen Wahlrechts muß zur Entscheidung gebracht werden! (Lebhafter Beifall.)

Es ist schon heute wiederholt darauf hingewiesen worden, wie notwendig es ist, in unserem Volke die Einmütigkeit, die es in diesem Kriege bewiesen hat, zu erhalten. Unser Volk ist geradezu bewundernswert in seiner einmütigen Haltung. Ich glaube, es wird ein weiterer Schritt zur Stärkung und Steigerung dieser Einmütigkeit sein, wenn sie von allzuweitgehenden Gegenständen in dieser Frage zurücktreten wollen. Jetzt liegt die Sache so, jetzt sind wir noch in der Lage, die Forderung, die gegeben worden ist, einzulösen, ohne schwere Erschütterungen befürchten zu müssen. Jetzt kann die Forderung noch eingelöst werden, indem zu gleicher Zeit diejenigen Sicherungen gegeben werden, die im Interesse des ruhigen stetigen Fortschreitens des Staatslebens notwendig sind. Das, was wir jetzt geben können, das müssen wir vielleicht, wenn es heute abgelehnt wird, in einiger Zeit unter schweren Erschütterungen des Volkslebens, deren Gefahr wir gar nicht übersehen können, uns abringen lassen. (Hört, hört auf der äußersten Linken.) Das gleiche Wahlrecht kommt, es kommt, wenn nicht heute, so doch in absehbarer Zeit. (Sehr wahr!) Es kommt notwendig ohne Erschütterungen oder es kommt mit schweren inneren Kämpfen. Und darum lautet die Frage jetzt: Wie wollen Sie sich dazu stellen? Wollen Sie jetzt die Hand dazu reichen, die uns dazu führen kann, schwere Erschütterungen zu vermeiden und solche Sicherungen schon jetzt vorzunehmen, die uns vor solchen schweren Erschütterungen in Zukunft bewahren? Oder wollen Sie die Verantwortung auf sich nehmen, diese schweren Erschütterungen herbeizuführen durch eine Ablehnung, die doch das von Ihnen gewünschte Ziel nicht haben kann. (Lebhafter Beifall links und in der Mitte.)

Abg. Henning (Kons.): Der Ministerpräsident wünscht eine Verständigung, aber wenn er nicht einmal den nationalliberalen Antrag für annehmbar hält, so scheint er eine Verständigung nur dann für möglich zu halten, wenn die Regierungsvorlage angenommen wird. (Sehr richtig!) Er bezieht sich auf die Stimmung des Volkes. Aber ein großer Teil des stimmenden Volkes steht draußen im Kampf. Auch wir wollen das allgemeine Wahlrecht, aber daß man überall im Volk das gleiche Wahlrecht will, haben wir nicht gemerkt. Wir haben uns auch im vorigen Jahre mit der Regierung bereit erklärt, eine Vorlage auszuarbeiten, von der wir annehmen konnten, daß sie im Einklang mit der Königstochschaft stehe. Wir wollen ein Wahlrecht, das dem Mittelstand das Schwergewicht gibt. Das gleiche Wahlrecht legt das Hauptgewicht auf die anderen Klassen. (Zurufe: Reichstag.) Im übrigen sind die Verhältnisse in den Einzelstaaten anders geworden. Im Reich haben wir die allgemeine Wehrpflicht, die indirekten Steuern, die soziale Gesetzgebung; den Einzelstaaten liegt die Sorge für die Kulturaufgaben ab, sie haben die direkten Steuern. Weil wir im Reich das gleiche Wahlrecht haben, brauchen wir dafür unabhängige, selbständige Bundesstaaten, sonst kommen wir zum Unitarismus. Man beruft sich auf das Königswort, das erfüllt werden muß. Ich habe wohl gelesen, daß der König eine Vorlage über das gleiche Wahlrecht verprochen hat, aber ich habe nicht gelesen, daß der König wünscht, wir sollten uns des verfassungsmäßigen Rechtes der Freiheit der Abstimmung begeben. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Aber wir müssen immer noch eine Antwort auf die Frage, ob der König, ehe er die Botschaft über das gleiche Wahlrecht erließ, auch unterrichtet worden ist, daß im Hause auf Grund von Verhandlungen mit der Regierung eine Mehrheit für ein Pluralwahlrecht zu haben war. Das weist von der Vorstellung, die wir von den Ministern haben, ab. Wir haben immer geglaubt, daß sie sich vor den König zu stellen hätten, nicht hinter ihn. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Unter der Herrschaft des gleichen Wahlrechts ist auch der Kultur- und Wirtschaftsschritt unausbleiblich, und das sollen sich auch die Herren vom Zentrum überlegen, die auf das Christentum den größten Wert legen. Wir wollen die konfessionelle Volksschule nicht in Gefahr bringen. Will man die bisherige Osmarke-n-politik erhalten, auf der das Deutschtum beruht, so wird das nur möglich sein mit der jetzigen Mehrheit. Man zeige uns aber diese Mehrheit in einem Hause mit gleichem Wahlrecht! Diese nationale Osmarkepolitik ist aber eine Notwendigkeit für den Bestand Preußens. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Das richtige wäre das berufliche Wahlrecht, das aber schwer durchzuführen ist. So haben wir uns entschlossen, das Wahlrecht abzukufen nach Bildung, Besitz, Beruf in einer Weise, die seinem Übergewicht und allen Teilen der Gesellschaft ihr Recht gibt.

Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg: Der Abg. v. Henning fragte, ob der Träger der Krone von dem damaligen Ministerpräsidenten rechtzeitig davon unterrichtet worden sei, daß ein Kompromiß im Gange sei, das von allen maßgebenden Mehrheitsparteien des Hauses gebilligt werde. Ich kann die Frage mit Ja beantworten. (Lebhaftes Hört, hört, links.) Der Träger der Krone ist selbstverständlich in den Beratungen, die dem Erlaß vom 11. Juli vorausgingen, von diesen Dingen unterrichtet worden. (Erneutes Hört, hört, links. Abg. Cassel (Bolschi.): Und was haben Sie Bethmann beschimpft!) Eine weitere Frage beantwortete ich dahin: Es ist richtig, daß unter dem gleichen Wahlrecht die Polen in verstärkter Zahl hier einzubringen werden. (Hört, hört, links.) Der Abg. v. Henning will doch aber das Pluralwahlrecht einführen, bei dem die Verhältnisse genau so liegen. (Widerspruch rechts.) Nun, ich möchte behaupten, sie liegen bei dem Pluralwahlrecht noch ungünstiger für die Osmarkepolitik. Die Zustimmung für die Eigentümer würde in der Osmarke die Polen weit mehr begünstigen als die Deutschen. Gewiß sind Sicherungen gegen eine nachteilige Wirkung des gleichen Wahlrechts für die Osmarkepolitik notwendig. Es wird Aufgabe der Regierung sein, im Einvernehmen mit der Mehrheit des Hauses nach solchen Sicherungen zu suchen. Ich hoffe, daß es uns mit Rat und Tat zur Seite stehen und Anregungen geben wird. Im Herrenhause haben viele Redner die Osmarkepolitik der Regierung für verfehlt erklärt, aber dann hat jeder ein anderes Rezept für die Lösung dieser Frage gegeben. Die Ansichten sind also doch auch darüber sehr geteilt. Herr v. Henning ist besorgt, daß der autoritative Charakter Preußens mit dieser Wahlrechtsänderung verloren gehe. Mir scheint für die Aufrechterhaltung dieses Charakters die Monarchie die festeste Grundlage zu sein. Auch die süddeutschen Staaten haben ein breites Wahlrecht. Bei aller Hochachtung für den Charakter Preußens, den ich als Altpreuße in vollem Maße besitze, als ein Mann altpreußischer Gesinnung vom Scheitel bis zur Sohle, darf man sich nicht dem Hochmut hingeben, daß in Preußen alles turmhoch besser

sei als anderswo. Herr von Heydebrand weist auf die Ausgestaltung des Gemeindevahlrechts hin. Ich kann nur wiederholen, daß die Regierung nicht auf dem Standpunkt steht, daß nun auch das Gemeindevahlrecht auf Grund des gleichen Wahlrechts reformiert werden muß. Wenn Herr von Heydebrand gar meint, das sei die unausbleibliche Folge, so ist das nur ein Raisonnement.

Auch bezüglich der Kantaten unseres kulturellen Lebens kann ich mich der Befürchtung nicht ganz entziehen. Aber wie schon der Ministerpräsident erklärte, lassen sich auch da gewisse Kantaten anbringen. Deshalb bedaure ich auch im Interesse der Evangelischen, daß Herr von Heydebrand und seine Freunde nicht geneigt waren, den Bestrebungen hierfür eine geeignete Fassung zu geben und ihre Hilfe zu gewinnen. Ich bin der Überzeugung, was vor dem 11. Juli möglich war, ist nach dem 11. Juli nicht mehr möglich. Mögen Sie dialektisch deuteln oder nicht: Mit der Botschaft vom 11. Juli 1917 ist ein Regierungsprogramm aufgestellt worden, das, wenn einmal hinausgegangen, nicht mehr rückgängig zu machen ist. Sie werden diese Entwicklung nicht wieder aufhalten. Der Staatsmann, der mit solchen realpolitischen Dingen rechnen muß, muß weiter denken. Herr v. Heydebrand hat meine Gründe gewogen und zu leicht befunden. An der Wage muß ein unparteiischer Mann stehen. Herr v. Heydebrand als Parteimann kann ich als unparteiischen Wagemann nicht anerkennen. Deshalb darf mich sein Urteil nicht mit besonderer Schwere treffen.

Abg. Dr. Porzsch (Zentr.): In der ersten Lesung habe ich erklärt, daß ein Teil meiner Freunde für das gleiche Wahlrecht zu stimmen bereit sei, und daß ein anderer Teil seine Abstimmung abhängig mache von den Ergebnissen der Kommission. Die Dinge sind nun noch in Fluss geblieben. Ein kleiner Teil meiner Freunde wird unter diesen Umständen gegen das gleiche Wahlrecht stimmen, der größere Teil wird für das gleiche Wahlrecht eintreten. Im gegenwärtigen Augenblick erwartet man aber draußen im Lande nicht Reden, sondern Taten. (Beifall.)

Abg. Lohmann (Natl.), der als nächster Redner auf der Liste steht, beantragt mit Rücksicht auf die angelegten Tage, die hinter vielen Abgeordneten liegen, die Sitzung zu vertagen.

Dieser Vertagungsantrag wird angenommen.

Fortsetzung: Mittwoch 11 Uhr.

Der Wahlrechtsdebatte zweiter Tag.

Berlin, 1. Mai. Der zweite Tag der Wahlrechtsberatung im Abgeordnetenhaus hat zwar auch Augenblicke der Erregung und Leidenschaftlichkeit gebracht, ist aber im großen und ganzen ruhig verlaufen. Was in der heutigen Sitzung die Abgeordneten Lohmann und Lüdke gegen, was die Abgeordneten Bach und die Redner der Sozialdemokratie für das gleiche Wahlrecht ausgeführt haben, ist tausendmal gesagt worden und ist auch nicht gesprochen, um politische Gegner im Hause zu überzeugen, sondern im Hinblick auf den kommenden Wahlkampf. Auf der rechten Seite kam dabei immer härter die Bereitwilligkeit gegen eine Regierung zum Vorschein, die es gewagt hat, die Erbschaft Bethmann-Hollwegs anzutreten. Herr Drews hat sich Unterstellungen, die den Minister als einen vor der Sozialdemokratie ängstlich zurückweichenden Mann hinstellen wollen, unter der stürmischen Zustimmung der Linken energisch verbeten und verlangt, daß man seine ehrliche politische Überzeugung nicht in Zweifel zieht, und die geht dahin, daß das gleiche Wahlrecht für Preußen unbedingt nötig ist, wenn es, wie auch Herr Lohmann wünscht, in Zukunft eine Stätte der Zukunft, der Kultur und der Freiheit sein soll.

Ein Aufruf der Fortschrittlichen Volkspartei.

Berlin, 1. Mai. Der geschäftsführende Ausschuss der Fortschrittlichen Volkspartei veröffentlicht folgenden Aufruf an die Organisationen der fortschrittlichen Volkspartei: Das preussische Abgeordnetenhaus steht vor folgendem Entscheidenden. Wird das gleiche Wahlrecht abgelehnt, so muß das Abgeordnetenhaus aufgelöst werden. Die rechtzeitige Auflösung der Partei ist geboten. Wir fordern unsere preussischen Parteigenossen auf, ungekürzt für die Kampfbereitschaft unserer Organisationen zu sorgen. Das preussische Volk steht an einem Wendepunkt seines Geschicks. Der Kampf gilt der freiheitlichen Ausgestaltung des Staatswesens und der Verwirklichung des gleichen Rechtes aller. Es geht um Preußens Zukunft.

Verschollen.

Original-Roman von H. Courths-Mahler.

99) Und zur Bekräftigung dieser Vorlesung warf er den Kopf stolz in den Nacken und zog die Stirn in drohende Falten.

Dabei fiel es ihm gar nicht auf, daß er sich außerordentlich viel in seinen Gedanken mit Miß Crokhall beschäftigte und ihrer Antunft nicht mit seinem gewohnten Gleichmut entgegen sah.

Vorläufig sollten allerdings noch Wochen vergehen, ehe die neue Herrschaft nach Kreuzberg kam. Dort wurde jetzt das Unterstiege in obert gelehrt. Ein Heer von Handwerkern: Tapezierer, Maler, Tischler, Schlosser und Dekorateur hatten sich dort zusammengefunden und wurden von dem Architekten dirigiert, oft bis in die Nacht hinein.

Tante Stasi hatte alle Hände voll zu tun. Das war ihr aber eine Bönne. Sie konnte keine Ermüdung. Beva unterstählte sie nach Kräften.

Inzwischen war Georg von Strachwitz nach Drillingen gekommen.

Tante Stasi konnte es jetzt mit den Pflichten einer Anstandsdame nicht so genau nehmen.

Die drei jungen Leute streiften in ländlicher Umgebung viel in dem frühlingserischen Wald umher, entweder zu Fuß oder zu Pferde. Beva hatte vor einigen Jahren von Onkel Wilhelm ein Reitpferd als Geburtstagsgeschenk erhalten. Es war ein schöner Goldfuchs, ein Halbblut von elegantem Bau. Beva war eine sehr sichere, geschickte Reiterin. Ihr Reitpferd hatte sie, da es ihr persönlicher Besitz war, nach dem Tode des Onkels verlaufen wollen, weil sie doch glaubte, Kreuzberg verlassen zu müssen. Ronald hatte ihr einen verhältnismäßig hohen Preis dafür geboten, und Beva hatte das Pferd, noch ehe Mr. Crokhall in Kreuzberg gewesen war, nach Drillingen bringen lassen, da es dort besser versorgt werden konnte. Nun hatte sie Ronald gebeten, ihr das Pferd noch zu überlassen, solange Georg in Drillingen war. Später, als Gesellschafterin Miß Lilians, war es dann nicht mehr passend für sie, ein Reitpferd zu besitzen.

Die französischen Angriffe in Flandern.

Berlin, 1. Mai. (W.T.B.) Auf dem Schlachtfeld in Flandern unternahm der Feind starke Angriffe gegen unsere Stellungen bei Langemark und nördlich des Dorfes Kemmel und vor allem sechsmal hintereinander gegen unsere Linien westlich Dranoeter, die jedesmal unter ungeheuren blutigen Opfern restlos zusammenbrachen. Insbesondere mußten frisch in den Kampf geworfene französische Kräfte bei Dranoeter um Englands Prestige aufs schwerste bluten. Die rücksichtslos durchgeführten Angriffe, die beweisen, wie wichtig für den Gegner die dort verlorenen Stellungen sind, trugen durch ihre Ergebnislosigkeit und ihre kostspieligen Anstürme dazu bei, die von der deutschen Führung beabsichtigte Zerkümmung der feindlichen Heeresmacht zu beschleunigen.

Ypern soll unter allen Umständen gehalten werden.

Eine Havasdepesche meldet: Die Lage im Ypernbogen hat sich noch nicht gebessert. Die Anordnung des Generals Foch wird erst in den nächsten Tagen ihre Folgen zeitigen. Die englische oberste Heeresleitung hat sich in den letzten beiden Tagen gezwungen gesehen, ihre Stellung im Ypernbogen noch weiter abzubauen. Das ganze von den Engländern gewonnene Gelände ist vorübergehend wieder aufgegeben worden. Die Umklammerung durch die deutschen Heere führte zu einer verlustreichen Behauptung des Geländes. Jetzt ist es eine Frage des militärischen und politischen Ansiehens des Verbandes, Ypern unter allen Umständen zu halten. Der militärische Mitarbeiter des „Matin“ schreibt über die Schlacht in Flandern, daß der Abschnitt Ypern-Boesinghe größte Wichtigkeit erlangte. Die Stärke der dortigen Artillerie und der Infanterieregimenter sei das Geheimnis weniger Eingeweihter.

Foch erwartet die Entscheidung.

Das „Petit Journal“ meldet: General Foch hat einen Armeebefehl an die französische Armee erlassen, in dem von der bevorstehenden Entscheidung des Krieges die Rede ist.

Italienische Vermutungen.

Die Verzögerung der österreichischen Offensive erklärt man sich jetzt in militärischen und politischen Kreisen Italiens folgendermaßen: Oesterreich wartet mit Abzicht, bis die Deutschen im Westen die unmittelbare Verbindung zwischen England und Italien mit dem Vorbruch nach Calais und Dänkirchen gestört haben. Erst dann wolle Oesterreich zu seinem tödlichen Streich gegen Italien ausholen, welches von seinem Hauptlieferanten getrennt und auf sich selbst angewiesen, einer zahlenmäßigen Uebermacht in ungünstiger Stellung gegenüberstehen würde. Daher sieht man in Italien den Ereignissen vor Ypern in atemloser Spannung entgegen. Es heißt wieder, daß Rom für den ärgsten Fall den Frieden nachsuchen würde.

Das Dienstpflichtgesetz für Irland aufgeschoben.

Haag, 1. Mai. Reuter meldet aus London: Ein königliches Dekret verschiebt die Ausführung des Dienstpflichtgesetzes für Irland. — Die „Daily News“ meldet dazu: Die Regierung hofft, in der nächsten Woche im Unterhause das Homerule-Gesetz vorzulegen, und will zunächst die Wirkung der Homerules abwarten.

Clemenceau verbietet den Abdruck der englischen Heeresberichte in Frankreich.

Berlin, 30. April. (W.T.B.) Im höchsten Grade auffallend und bemerkenswert ist es, daß der amtliche französische Heeresbericht bis zum 30. April noch nicht ein einziges Wort über den am 25. April erfolgten Verlust des Kemmelmassivs findet. Da es französische Divisionen waren, die diese wichtige Höhenstellung für England gegen den deutschen Angriff verteidigen sollten, ist die Tatsache des völligen Verschweigens der englisch-französischen Niederlage doppelt auffällig. Der französische Heeresbericht übergeht die Niederlage am Kemmel mit Stillschweigen und spricht lediglich über französische Gegenangriffe südlich der Somme, die bis auf unbedeutende rein örtliche Erfolge bei den ungeheuren schweren Verlusten völlig ergebnislos verlaufen sind. Das Eingeständnis, daß auch die gerühmte Fähigkeit des Generals Foch die so ungeheuer wichtige Kemmelstellung nicht zu halten vermochte, wird dem französischen Volke

vorenthalten. Das ist um so erstaunlicher, als der englische Heeresbericht den Verlust des Kemmels offen zugibt. Französische Heeresberichte kann allerdings diese Verheimlichung der tatsächlichen Lage an der Westfront ohne Belästigung riskieren, da Clemenceau die Veröffentlichung der Heeresberichte der englischen Bundesgenossen in Frankreich verbietet.

Gärung in der Ukraine. Verhaftungen in Rußland.

Berlin, 1. Mai. (W.T.B. Amtlich.) In der Zeit, machte sich in Rußland eine scharfe Agitation bemerkbar, die sich anscheinend auch gegen den deutschen Einfluß in der Ukraine richtete. Unsere Bemühungen, die Gärung zu schassen, erfuhren von der Regierung eine vollauf genügende Unterstützung, die außerdem fremde Mächte traf, um die Frühjahrssaat und die damit bedingte Erfüllung ihrer vertraglichen Verpflichtungen zu sichern. Feldmarschall von Eichhorn sah sich deshalb gezwungen, ein Vernehmen mit dem kaiserlichen Votschaster Tschernomom genötigt, einen Erlaß über die Ausführung der Jahresbestellung zu veröffentlichen, der in der ukrainischen Presse entstellte wiedergegeben wurde, was Beunruhigung Lande und in der Krim einen Protest hervorrief. Es gaben sich sogar Anzeichen, daß Mitglieder der Regierung sich an der Aktion gegen uns beteiligten. Unter diesen Umständen gewannen die willkürliche Verhaftung des Direktors der Rußischen Bank, Dobryn, eine besondere Bedeutung. Er wurde ohne hinreichende Erklärung im Namen des Kaisers zur Bestreitung der Ukraine in seinem Hauptquartier verhaftet und weggeschleppt. Zu Hilfe gerufene Milizsoldaten der Regierung weigerten sich, ihn zu schaden; sein Aufenthalt ist zurzeit noch unbekannt. Dobryn war als ukrainischer Finanzfachverständiger mit den deutschen Mitgliedern der Wirtschaftskommission in enge Fühlung getreten und hatte sich große Verdienste um die sachgemäße Zusammenarbeit mit der deutschen und österreichischen Delegation erworben. Außerdem liefen Nachrichten um, daß weitere Verhaftungen folgen sollten. Zugleich mehrten sich die Anzeichen für den Verdacht, daß die Verhaftung von Mitgliedern der Regierung selbst ausgegangen war. Dieser Entwicklung der Dinge konnte das deutsche Oberkommando nicht ruhig zusehen. Die Gewalttät bedeutete den Wiederbeginn der Anarchie, und die Regierung hatte sich als zu schwach erwiesen, die Rechtsicherheit in Rußland zu schützen. Feldmarschall von Eichhorn verfügte daher im Einvernehmen mit dem kaiserlichen Votschaster Freiherrn von Mumm zur Sicherung der Stadt Kiew besondere Maßnahmen, die im wesentlichen die Einziehung von Militärgerichten und strenge Bestrafung allgemeiner Verbrechen und Androhung schwerer Strafen gegen jede Störung der öffentlichen Ordnung zielten. Inzwischen war die Untersuchung des Falles Dobryn bereits einem deutschen Militärgericht übertragen worden. Sie führte u. a. zu der Verhaftung des Kriegsministers Schukowski, des Abteilungschefs im Ministerium des Innern Dajewski, der Frau des Ministers Tschitschenko, des Kommandanten der Stadtmiliz Bagazli und des Abteilungschefs im Ministerium des Innern Ljubinski. Die gerichtliche Untersuchung wird fortgesetzt.

Kein neuer „Umschlag“ in Petersburg.

Die Auslandsgerüchte von einem Sturz der Bolschewikregierung in Rußland bestärken sich nicht. Der russische Votschaster erhielt noch am Montag Abend ein indiskretes Mitteilungs einer Regierung, die nicht von Umschlagbewegungen in Rußland zu melden wußte. (Darauf und auch die über Finnland nach Stockholm gelangten Sensationsmeldungen von der Ausrufung eines Jaren sind nur erlundene Drahtungen.)

Rußlands neue Fahne auf der Berliner Votschaft gehißt.

Die Abnahme der kaiserlich russischen Hoheitszeichen vor dem Gebäude der russischen Votschaft in Berlin findet

stundigt und wollte nun in Kreuzberg ihre täglichen Riten wieder aufnehmen.

So war alles aufs Beste bereit. Was Geld, Fleiß und guter Wille zu schaffen vermochte in dieser kurzen Zeit, das war geschehen.

Zur rechten Zeit fuhr das Auto nach dem Bahnhof der Stadt, um Mr. Crokhall und seine Tochter abzuholen. Mr. White war schon einige Tage früher eingetroffen, um sich zu überzeugen, daß alles in Ordnung sei. Er kam nun im Auto mit nach dem Bahnhof, um seinen Herrn abzuholen.

Schon vorher war der neu vorgerichtete Landauer zum Bahnhof gefahren, um die Dienerschaft abzuholen, die Mr. Crokhalls Begleitung war. Außer dem Kammerdiener Charles und Lilians Jose Weiß, waren es noch zwei Dienstmädchen. Einen Gepäckwagen hatte der Inspektor ebenfalls zum Bahnhof geschickt.

Nun konnte man das zurückkehrende Auto jeden Augenblick erwarten.

Tante Stasi und Beva hatten wieder ihre besten schwarzen Kleider angelegt und taktvoll das tiefe Schwarz der Trauer gewänder durch eine Garnitur gelblich gelbter Spitzen gemildert. Sie hatten beide beschloffen, die Trauer abzulegen, da Onkel Wilhelm nun schon acht Monate tot war. In ihrer neuen Stellung war das Betonen persönlicher Gefühle nicht am Platz, man mußte sich auch darin den neuen Verhältnissen anpassen.

Die beiden Damen standen erwartungsvoll am Portal des Schlosses, das mit Guirlanden umkränzt war. Um sie herum gruppierten sich die Bediensteten und das Wirtschaftspersonal, an deren Spitze der Inspektor aufgestellt genommen hatte. Eine Ehrenpforte war aufgebaut worden an der Stelle, wo der Fahrweg die Höhe des Kreuzberges erreichte, und von dort bis zum Schloß war frischer gelber Aes gestreut und der Weg von Guirlanden eingegrenzt. Oben auf dem Turm an der Flaggenstange stand ein Dolmetscher mit scharfen Augen den Weg entlang spähte. Er sollte die Flagge hissen, sobald er das Auto den Kreuzberg herauf fahren sah.

(Fortsetzung folgt.)

gegenwärtig hat. Nun wurde die rote Fahne der Republik an dem Flaggenstock des Vorkriegsgebäudes „Unter den Linden“ hochgezogen.

Unterschlagnungen Bratiansu.

Aus Jassy wird gemeldet: Das rumänische Kriegsministerium untersucht gegenwärtig die Unterschlagungen des ehemaligen Ministerpräsidenten Bratiansu in Höhe von elf Millionen Lei anlässlich des Ankaufs eines russischen Depots.

Der englische Wirtschaftskrieg nach Friedensschluss.

Der Londoner Schlussbericht des Ausschusses für Handels- und Wirtschaftspolitik nach dem Kriege, der von Asquith im Jahre 1916 eingelegt worden war, wurde nunmehr veröffentlicht. Der Bericht behandelt hauptsächlich die Entwicklung der wirtschaftlichen Hilfsmittel des Reichs, die Behandlung der Ausländer, die Handelsbeziehungen, finanzielle Erleichterungen für den Handel, Verhinderung von Preistreibern und Schutz bedeutender Stapelindustrien. Da die Kommission für Schifffahrt und Schiffbau ihre Arbeiten nicht vollenden konnten, bezieht sich der Bericht nicht auf die Frage der Schifffahrtspolitik nach dem Kriege, aber er bemerkt, daß es angeht, den Mangel an Schiffsraum in der Welt wünschenswert erscheinen könnte, für eine begrenzte Periode die Benutzung der englischen Häfen von Seiten der jetzigen Feinde einzuschränken. Soweit die ausländischen Interessen auf wirtschaftlichem Gebiet in Betracht kommen, wird eine Kontrolle von Seiten der Regierung notwendig sein, die je nach Umständen in einzelnen Fällen verschiedene Formen annehmen könnte. Abgesehen von einer beschränkten Anzahl von Fällen hält es die Kommission für ungewöhnlich, auf einen Ausfluß ausländischen Kapitals, sofern es nicht das gegenwärtige Feindes ist, von der Beteiligung an der Entwicklung der materiellen Hilfsquellen des Reiches hinzuwirken. Der Ausschuss hält es nicht für wünschenswert, im allgemeinen besondere Einschränkungen für die Teilnahme von Ausländern an Handels- und industriellen Betrieben des Landes festzusetzen. Der Ausschuss hält es für ungewöhnlich, die Errichtung oder das Weiterbestehen ausländischer Banken oder Regierungs-Agenturen oder Zwischenstellen von beiden zu verhindern, empfiehlt aber, sie von einer besonderen Erlaubnis abhängig zu machen. Der Ausschuss meint, daß für die Zeit nach dem Kriege besondere Beschränkungen gegenüber den Unterthanen feindlicher Länder in Form strenger Zulassungs- und Polizeivorschriften notwendig sind.

Ein alter Trost neu aufgewärmt.

Jedesmal, wenn die Engländer im Felde Prügel bekommen und der militärische Sieg selbst für ihr kritisches Volk doch allzu unwahrscheinlich geworden ist, mehrten sich in ihrer Presse auf einen Schlag Berichte, daß es mit Deutschlands Ernährung Matthei am letzten ist und daß seine innere Front unmittelbar vor dem Zusammenbruch steht. So geht es auch diesmal. Seit dem ersten Erfolg unserer Offensive ist das Thema vom deutschen Hunger plötzlich wieder hochaktuell geworden. Immer mehr „Neutrale, die soeben aus Deutschland zurückgekehrt sind“, fühlen das Bedürfnis, in der englischen Presse zu bezagen, daß bejagter Hunger ganz unerträglich geworden ist und sein Werk ganz unsehbar tun wird, wenn die Entente nur noch ein klein bißchen aushält. Auch ausgestaute Kriegsgefangene tun fleißig mit, und besonders ein Mr. Pyle aus Ruhleben hat in der Enthüllung des „großartigen deutschen Bluffs“ wirklich Anerkennungswertes geleistet. Bemerkenswert ist, daß in der Neuaufklärung dieses alten Trostes, der den englischen Endsieg auf das Verhungern deutscher Greise, Frauen und Kinder gründet, auch liberale Blätter, wie „Daily News“ und „Manchester Guardian“ fleißig mitmachen, und die sonst für einen Verständigungsfrieden arbeiten. Ich habe einen „Daily-News“-Artikel vor mir, über dem mit größten Buchstaben die Überschrift prangt: Die Lebensmittellieferungen des Feindes verlagern. — Verblüffende Enthüllungen und Eingeklämmerte. Er beginnt also: „Die folgende Darstellung der wirtschaftlichen Lage der Völker der Zentralmächte im heutigen Augenblick rechtfertigt durchaus die Annahme, daß Hindenburgs rücksichtsloses Opfer unzähliger Menschenleben in dem heutigen Angriff darin wurzelt, daß die Behörden in Berlin und Wien bezweifeln, daß Deutschland und Oesterreich den Hungerdruß, den sie heute erdulden, noch bis nächsten Herbst aushalten können. Das hier gebotene Beweismaterial für den bitteren Kampf, der in den beiden Ländern gekämpft wird, um das Leben zu erhalten, beruht ausschließlich auf Erklärungen, die der Feind selbst gemacht und im Lauf des letzten Monats in seiner Presse veröffentlicht hat.“ Worauf dann lange Auszüge in der Hauptsache aus sozialistischen Blättern, wie der „Wiener Arbeiterzeitung“, der „Bremer Bürgerzeitung“ und dem „Vorwärts“ folgen. Die gleiche Lektüre hat auch den „Manchester Guardian“ überzeugt, „daß überall die Würgengel Tod und Hunger durch die Völker der Zentralen hinschreiten.“ („Hamb. Fr.“)

Clemenceau der Kriegsverlängerer.

Aussprüche des jetzigen französischen Ministerpräsidenten. „... so kommt mir der Gedanke, daß von allen Mächten Frankreich die einzige ist, die, um nicht zu sagen, daß sie den Krieg wünscht, ihn doch ohne großes Bedauern sehen würde.“

(Aus dem Bericht des russischen Vorkriegs Graf Bendenorff an Sajanow, vom 12/25. Februar 1913.) 8 Wir haben eingewilligt, die Regierung zu übernehmen, um den Krieg mit doppelter Anstrengung zu führen. (22. Oktober 1917.)

Ich glaube nicht, daß die Gesellschaft der Nationen der notwendige Abschluß des Krieges ist, weil ich dem Eintritt Deutschlands in die Gesellschaft der Nationen nicht zustimmen werde. (November 1917.)

Der erste Grund ist der der Freiheit, der zweite der des Krieges und der, daß man dem Kriege alles opfern müsse, um den Triumph Frankreichs sicherzustellen. (9. März 1918.)

Mein Botschaftspruch ist: Überall, selbst in der inneren Politik führe ich Krieg — in der äußeren Politik führe ich Krieg. Ich führe fort, Krieg zu führen, und werde fortfahren bis zur letzten Viertelstunde, denn die letzte Viertelstunde wird uns gehören! (9. März 1918.)

Ich bin entsetzt! Die Engländer haben standgehalten und alles geht aufs Beste! (Ende März 1918, während der Großen Schlacht in Frankreich.)

Im Reichstag

wurde gestern die Beratung über die Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung (Strafandrohung wegen Mißbrauchs des Koalitionsrechts) begonnen.

Lokaler und vermischter Teil.

Limburg, den 2. Mai 1918.

2. Anzeige- und Meldepflicht für die diesjährige Anbau- und Ernteflächenhebung. Es sei hier nochmals darauf hingewiesen, daß jeder, der Land verpachtet oder sonst zur entgeltlichen oder unentgeltlichen Nutzung (als Dienstland, Deputat, Anteil oder auf sonstige Weise) ausgegeben hat, verpflichtet ist, bis zum 24. April d. Js. dem Vorstand derjenigen Gemeinde, in welcher das Grundstück liegt, schriftlich anzugeben: 1. die Namen der Pächter usw., sowie 2. die Größe der Flächen, die er an jeder einzelnen verpachtet hat. Die Angaben sind genau nach bestem Wissen und Gewissen zu machen. Wer diesen Bestimmungen bisher noch nicht nachgekommen sein sollte, verläumt nicht, es umgehend nachzuholen, damit ihn nicht die gleichmäßig angeordneten, empfindlichen Strafen treffen. (Gefängnis bis zu 6 Monaten und 10000 Mark Geldstrafe). Behörden Revisionen diesbezüglich sind in den einzelnen Gemeinden bereits im Gange.

Veranstaltung des Gottesdienstes.

Freitag abend 8 Uhr 25. Samstag morgen 8 Uhr 30. Samstag nachm. 3 Uhr 30. Sabat-Ausgang 9 Uhr 40.

Amtlicher Teil.

(Nr. 102 vom 2. Mai 1918).

Zu der, wie üblich, zwischen dem 1. und 5. Mai wieder zu erhaltenden monatlichen Meldung, tritt einmalig die Ausfüllung einer Reichsjahresmeldung, die mit der Monatsmeldung zusammen an die vorgeschriebenen Stellen einzulegen ist. Einreichung einer Karte ohne die andere macht auch die eingeleitete Karte unwirksam (Bekanntmachungen des Reichskommissars für die Rohlenverteilung vom 15. und 16. April 1918, Reichsanzeiger Nr. 90).

Die Herausgabe der Jahresmeldungen verfolgt den Zweck, dem Reichskommissar die in Aussicht genommene rechtzeitige Regelung der Rohlenverteilung für einen längeren Zeitraum im kommenden Winter zu erleichtern.

Die Kartenoordrude sind bei den bisherigen Stellen erhältlich. Durch das Hinzutreten der Reichsjahresmeldung erhöht sich diesmal der Preis des Meldartenbestes auf 1 Mark, des einzelnen Meldartenpaares auf 0,25 Mark.

In der üblichen Monatsmeldung tritt die Änderung ein, daß die Meldungen für Gasstolz an die Abteilung V des Reichskommissars für die Rohlenverteilung in Berlin, statt wie für andere Brennstoffe an die entsprechenden amtlichen Verteilungsstellen zu richten sind.

Frankfurt a. M., den 19. April 1918.

Kriegsamtstelle Frankfurt a. M.

Abtlg. VIa. Tgb.-Nr. —

An die Herren Bürgermeister des Kreises

zur Kenntnis und ortsüblichen Bekanntmachung. Die Vorbrude sind hier erhältlich.

Der Vorsitzende der Kriegswirtschaftsstelle. R. W. S. Nr. 2005.

In Ansehung an meine Verfügung vom 11. Dezember 1917 — Pr. I. 10. D. 1617 —

Als Vertreter des zum Heeresdienst einberufenen Strommeisters Jänsler habe ich den Strommeister Bär zu Bad Ems zum staatlichen Fischereiaufsicht für die Lahnstraße Kilometer 70 bei Steeden bis Kilometer 106 Schleuse Rall-osen vom 1. April d. Js. im Nebenannte bestellt.

Wiesbaden, den 22. April 1918.

Der Regierungspräsident.

Pr. I. 10. D. 421.

Bekanntmachung

betreffend Eintragung der Fischereirechte in das Wasserbuch.

Das Fischereigesetz vom 11. Mai 1916 (G. S. S. 55) ist am 15. April 1917 in Kraft getreten (G. S. S. 50). Gemäß § 11 dieses Gesetzes sind Fischereirechte, die nicht dem Eigentümer des Gewässers zustehen, auf Antrag des Berechtigten ins Wasserbuch einzutragen; sie erlöschen mit Ablauf von 10 Jahren nach Inkrafttreten des Gesetzes, soweit sie zu diesem Zeitpunkt bestanden haben (§ 8), wenn die Eintragung ins Wasserbuch nicht vorher beantragt wird. Auf Rechte, die im Grundbuch eingetragen sind, ist diese Vorschrift nicht anzuwenden, für die Eintragung gelten die §§ 186, 187 Abs. 1, 3 sowie die §§ 188, 190 bis 193, 195 des Wassergesetzes vom 7. April 1913 (G. S. S. 53) sinngemäß. Anstelle der Wasserpolizeibehörde tritt die Fischereibehörde, d. h. die Oberfischmeister und die Ortspolizeibehörden (§ 119 Abs. 3 Fisch.-Ges.). Der Antrag auf Eintragung ins Wasserbuch ist entweder bei der Wasserbuchbehörde (Bezirksauskunft), oder bei der Fischereibehörde (Oberfischmeister, Ortspolizeibehörde) schriftlich oder zu Protokoll zu stellen. Dem Antrage sind die zum Nachweise des Rechts dienenden Urkunden, sowie ein vollständiges Verzeichnis der dem Antragsteller bekannten Personen beizufügen, denen die mit der Eintragung verbundene Vermutung der Richtigkeit hinderlich sein würde, Rechte geltend zu machen. (§ 11 Fisch.-Ges., §§ 186 Abs. 1, 190 Abs. 1 Wasser.-Ges.).

Wiesbaden, den 20. April 1918.

B. A. C. 33/18.

Namens des Bezirksauschusses (Wasserbuchbehörde).

Der Vorsitzende.

Die Ortspolizeibehörden des Kreises ersuche ich, vorstehende Bekanntmachung in ortsüblicher Weise zu veröffentlichen.

Limburg, den 29. April 1918.

N. 1044.

Der Landrat.

An die Herren Fleischbeschauer des Kreises.

Nachdem durch Polizeiverordnung vom 2. 2. 18. (siehe Amtsblatt Nr. 6 von 1918) die Trichinenschau für alle im Regierungsbezirk Wiesbaden zu schlachtenden Schweine und Hunde, eingeführt ist, liegt es im allgemeinen Interesse, daß die Fleischschau und Trichinenschau möglichst von ein und demselben Beschauer ausgeübt wird. Der Herr Kreis-

tierarzt Wenzel in Limburg wird demnachst einen Ausbildungskursus in der Trichinenschau abhalten. Anmeldungen zur Beteiligung werden von ihm entgegengenommen.

Limburg, den 25. April 1918.

Der Landrat.

Bekanntmachung.

Als Kaddbaur, bei deren Verwendung an Personenkraftfahrzeugen Befreiung von der Vorschrift der elastischen Befreiung gewährt werden kann (Bekanntmachung vom 18. Dezember 1916, Reichs-Gesetzbl. S. 1403) hat der Herr Reichsanzeiger ferner die Kaddbaur der Fabrik für elastische Räder G. m. b. H. in Marienburg (Westpr.) zugelassen. Die Zulassung ist im Reichsanzeiger Nr. 66 vom 18. März d. Js. bekannt gegeben worden.

Limburg, den 25. April 1918.

N. 992.

Der Landrat.

An die Herren Bürgermeister des Kreises.

Verchiedene Einberufungsausschüsse haben der Kriegsamtstelle zu Frankfurt a. M. mitgeteilt, daß Arbeitgeber, sowohl wie Arbeitnehmer vielfach aus Unkenntnis die nach § 9 der Bundesratsverordnung vom 13. 11. 1917 vorgeschriebene Meldung des Arbeits- und Wohnungswechsels an den Einberufungsausschuss unterlassen. Es ist daher anzunehmen, daß nicht alle Arbeitgeber, die in ihrem Betrieb Hilfsdienstpflichtige beschäftigen, den Aushang D in ihren Betrieben gemäß § 12 der Bundesratsverordnung vom 13. November 1917 dauernd bekannt geben.

Ich ersuche Sie daher, auf ortsübliche Weise erneut auf die Bestimmungen der §§ 9 und 12 der Bundesratsverordnung vom 13. 11. 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 1040) (Kreisblatt Nr. 293) aufmerksam zu machen und hervorzuheben, daß die Aushänge D (siehe Kreisblatt Nr. 294, 295 und 296) von den Betrieben bei Ihnen erhältlich sind. Gleichzeitig ersuche ich, auch in der ortsüblichen Bekanntmachung auf die bestehenden Strafbestimmungen (§§ 15, 16 und 17 der Bundesratsverordnung vom 13. 11. 1917) hinzuweisen. Ferner sind die Aushänge D durch die Ortsbehörden öffentlich anschlagend zu lassen. Die benutzten Exemplare des Aushanges D können bei der Kriegsamtstelle Abtlg. I in Frankfurt a. M. angefordert werden.

Schließlich mache ich noch darauf aufmerksam, daß nach den Ausführungsbestimmungen des Kriegsausschusses zu § 8 der Bundesratsverordnung vom 13. 11. 17, die Vorschriften des § 8 Abs. 1 Nr. 2 Abs. 2 und 3 betreffend Anmeldung der Hilfsdienstpflichtigen in den einzelnen Gemeinden durch dauernden oder allmonatlich zu wiederholenden Anschlag zur Kenntnis der Bevölkerung zu bringen sind.

Limburg, den 26. April 1918.

J.-Nr. 2. Nr. 1005.

Der Landrat.

An sämtliche Herren Bürgermeister des Kreises

welche mit der Einfindung der Liste über diejenigen Leute, die überschüssiges Fleisch aus ihrer Hauschlachtung abzugeben haben, noch im Rückstande sind, werden um sofortige Einfindung ersucht.

Limburg, den 1. Mai 1918.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

Diejenigen Herren Bürgermeister des Kreises,

welche mit der Einfindung des Wochenberichts über abgelieferte Fleischkarten pp. noch im Rückstande sind, ersuche ich um sofortige Einfindung mit nächster Post.

Limburg, den 2. Mai 1918.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

Sprechstunden für das Publikum Dienstags, Donnerstags, Samstags von 9 bis 12 Uhr, an allen übrigen Tagen und nachmittags geschlossen.

Der Königliche Landrat

und Vorsitzende des Kreisausschusses Limburg

(Schluß des amtlichen Teils.)

Die Mutterberatungsstelle.

Was ist die Mutterberatungsstelle?

Eine Sprechstunde, in der sich Mütter und Pflegemütter von Kindern bis zum vollendeten zweiten Lebensjahre kostenlos Rat über Pflege und Ernährung ihrer Kinder holen können. Wird ein Kind krank befunden, und bedarf es dauernder ärztlicher Behandlung, so wird es erst nach der Genehmigung wieder zugelassen.

Wer leitet die Mutterberatungsstelle?

Die Kreispflegerin.

Was geschieht mit dem Kinde in der Mutterberatungsstelle?

Das Kind wird untersucht, um das gesundheitliche Befinden den Ernährungszustand und die Pflege festzustellen. Es wird auf einer genauen Kinderwaage gewogen, damit von Sprechstunde zu Sprechstunde eine Zu- oder Abnahme des Kindes festgestellt werden kann. Es wird ferner ermittelt, ob die Mutter gesund und kräftig genug ist, ihr Kind zu stillen, und angegeben, wie oft und wie lange die Mutter das Kind anlegen soll, damit beide, Mutter und Kind, gesund bleiben.

Welcher Nutzen erwächst der Mutter aus dem Besuch der Mutterberatungsstelle?

Sie ist imstande, anhand der Angaben des Arztes und der Pflegerin sowie der Ergebnisse des jedesmaligen Wiegens das Gedeihen ihres Kindes selbst zu verfolgen. Eine Mutter, die Gelegenheit hat, sich jederzeit kostenlos sachgemäßen Rat einzuholen, wird es vermeiden, ihr Kind durch Anwendung kostspieliger und in ihrer Wirkung zweifelhafter Mittel in Gefahr zu bringen. Sie wird mit größerer Sicherheit und Freude die schwierige Aufgabe, ein Kind gesund über die ersten Lebensjahre zu bringen, durchführen.

Wo und wann finden diese Beratungsstunden statt?

Marktstraße 5 zur ebenen Erde jeden Dienstag nachmittags von 3—5 Uhr.

Der Kreisausschuss.

Codes-Anzeige.

Gottes heiligem Willen gefiel es, heute nachmittags 6 Uhr unsern innigstgeliebten Sohn, Bruder und Enkel

Rudi Bremmes

im Alter von 7 1/2 Monaten, nach kurzem schweren Leiden in die Ewigkeit seiner Engel aufzunehmen.

In tiefem Schmerz

Die trauernden Eltern und Geschwister:

Willi Bremmes z. Bt. im Felde
nebst Frau u. Kindern.

Limburg, den 1. Mai 1918.

Die Beerdigung findet am Samstag nachmittags 3 Uhr vom Sterbehause, Eichhöfsweg Nr. 7, aus statt. 2(102)

Bekanntmachungen und Anzeigen der Stadt Limburg.

Nährmittel für Kranke.

Freitag den 3. Mai d. Js., nachmittags in der Aula des alten Gymnasiums Ausgabe von Nahrungsmitteln für Kranke, denen lt. Benachrichtigung von der Ärzte-Kommission solche zugebilligt sind, und zwar von 3-3 1/2 Uhr für Personen mit den Anfangsbuchstaben A-K und von 3 1/2-4 1/2 Uhr für Personen mit den Anfangsbuchstaben L-Z.

Auf den Kopf wird für zusammen 4,20 M. ausgegeben. Die ausgegebenen Kontrollmarken sind vorzulegen. Ärztliche Atteste werden bei der Ausgabe nicht angenommen.

Limburg, den 1. Mai 1918.

Städtische Lebensmittel-Verkaufsstelle. 10(102)

Bekanntmachung.

Das Ergebnis der diesjährigen Eiszerzeugung des städtischen Schlachthofes ist, abgesehen von dem den Metzger für ihre Zwecke zur Verfügung gestellten Eis, dem Gastwirt Bernhard Stahlheber hierselbst übertragen worden. Stahlheber ist verpflichtet, mit dem vom Schlachthof bezogenen Eis zunächst seine Kundschaft aus der Stadt Limburg zu befriedigen.

Der Tarif, zu welchem er das Eis an Gewerbetreibende und Privatpersonen hiesiger Stadt für 1918 abzugeben hat, ist wie folgt festgesetzt:

1. für solche Abonnenten, welche das Eis auf Grund von Dauerbezugsbills beziehen:

a) für Gewerbetreibende:

1/2 Stangen zu 0,50 M. bei Abnahme von Blocks für 20 Stangen;

b) für Private:

1/2 Stangen zu 0,60 M. bei Abnahme von Blocks für 20 Stangen,

1/2 Stangen zu 0,35 M. bei Abnahme von Blocks für 20 1/2 Stangen,

1/2 Stangen zu 0,30 M. bei Abnahme von Blocks für 40 1/2 Stangen;

2. für andere Abonnenten:

10 Pfund Eis für 35 Pf.

5 Pfund Eis für 30 Pf.

Stahlheber hat das Eis seiner in hiesiger Stadt wohnenden Kundschaft in deren gewerbliche Niederlassung bezw. deren Wohnung auf seine Kosten zu fahren und dort abzuliefern.

Der Preis für ganze Stangen setzt voraus, daß die Stange ein Mindestgewicht von 24 Pfund hat, der Preis für halbe Stangen ein Mindestgewicht der halben Stange von 12 Pfund, der Preis für 1/2 Stange ein Mindestgewicht für 1/2 Stange von 8 Pfund.

Die Lieferung geschieht vormittags. Der Unternehmer ist verpflichtet, die am Schlusse der Eisgeschäftszeit, also am 1. Oktober d. Js., bei der Kundschaft noch vorhandenen Eisblocks unter Erstattung des für die Blocks gezahlten Preises zurückzunehmen. 11(102)

Limburg, den 4. Mai 1917.

Der Magistrat.

Für Heimat Dank und Gruß gingen weiter ein:

bei Frau Kauter: von Frau Diener 50 M., Frau Gotthardt 20 M., Frau Max Sternberg 5 M., Fräulein Ohler 3 M.

bei Frau Korkhaus: von Frau Höres 20 M., Frau Klockenberg 10 M., Herrn Hermann Groos 3 M., Frau Sternberg 2 Pakete.

bei Frau Dr. Wolff: von Frau Heymann 10 M., Frau Justizrat Pils 10 M., Herrn Lösch 10 M., Herrn Landgerichtsrat Dr. Friedländer 10 M., Frau Sanitätsrat Sogrowe 10 M., Herrn Gottfried Schäfer 10 M., Frau Professor Beder 5 M., Frau Regierungsrat Schiffer 5 M., Frau W. Franke 5 M., Frau J. Stoll 3 M., Frau Karl Dhl 1 Paket, R. N. 1. Paket.

Berechtigung: statt Frau J. Zimmermann Frau Elise Zimmermann 3 M.

Wir schließen hiermit die Sammlung mit bestem Dank an alle gütigen Geber. 8(102)

Der Vorstand des Vaterl. Frauen-Vereins.
Zweigverein Limburg.

Hadamar.

Sonntag, den 5. Mai 1918, nachmittags 4 Uhr

in der Aula des „Kgl. Gymnasiums“ zu Hadamar

zum Besten der Nationalstiftung für die Hinterbliebenen
der im Kriege Gefallenen

Frauenchorkonzert.

Mitwirkende: Frä. Eva Cecilie Nobiling, Boppard a. Rh. (Sopran),
Frau Professor Stephan, Marburg a. L. (Alt),
Herr Klein, Limburg a. L. (am Klavier),
Leitung: Musikdirektor Max Schnelle in Limburg.

4(102)

Vortragsfolge.

1. Teil (geistlich)

Stabat mater . . . Pergolesi

Arie a. d. Matthäuspasion

„Erbarme Dich“ für Alt

(Fr. Prof. Stephan) und

Viol. (Herr Schnelle) . . . J. S. Bach

Drei Motetten für die

Nonnen von St. Trinita

(Rom) . . . F. Mendelssohn

2. Teil (weltlich)

Unter der Linde (altdeutsch) Frank Limbert

Sohnsucht . . . Rich. Stöhr

Im Garten des Serails . . .

Lieder f. Sopran (Frä. Nobiling):

a. „Komm wir wandeln“ . . . Cornelius

b. „Im Frühling“ . . . Schubert

c. „Sonntagmorgen“ . . . Schnelle

d. „Daheim“ . . . Kaut

Abend . . . a cappella . . . Schnelle

Trutzlied . . . a cappella . . . Schnelle

Volkslieder a cappella:

a. „Liebe im Mai“ . . .

b. „Das Mährchen“ . . . Othegraven

c. „Mein Schatz“ . . .

d. „Tanzlied“ . . . M. Koch

Frühlingsgruss . . .

Eintrittskarten zu 2 u. 1 Mk. sowie Schülerkarten zu 0,50 Mk. in den Buchhandlungen
und an der Kasse.

Vom 1. Mai ist die unter ärztlicher Aufsicht
stehende

Beratungsstelle zur Tuberkulosen-Fürsorge

an jedem Mittwoch von 10-12 Uhr, auf
der Schiede, im Hause der Ortskrankenkasse für
Jedermann unentgeltlich wieder offen.

Der Verband Vaterländischer Frauenvereine
im Kreise Limburg (Lahn).

5(102)

Frau Elly Büchting.

Böttcher gesucht.

Für dringende Heeresaufträge wird eine größere
Anzahl Böttcher eiligst gesucht.

Gemüsekonserven-Kriegsgesellschaft

m. b. H., Abt. Bohnenzentrale,

Braunschweig.

6(102)

Meine Wohnung befindet sich jetzt

Untere Grabenstrasse 29,

im Hause der Fahrrad- und Nähmaschinen-
Handlung des Herrn Gottfried Schäfer.

Karl Kiefer,

5(100)

Schneidermeister.

Nur wenn wir unsere goldene Rüstung
unausgeschliffen verstärken, hält die Hölle
draußen jedem Anprall stand. 1(152)

Drum heraus mit Goldgeld und Goldschmuck!

Das Vaterland braucht unser Gold!

Goldankaufsstelle für die
Kreise Limburg u. Westerburg.

Geöffnet jeden Mittwoch 10-12 Uhr
im Vorschuhverein.

Spinat.

Große Sendung eintreffend
pro Pfund 50 Pf.

Verkauf im Laden, Salz-
gasse Nr. 3, und am Stand
auf dem Neumarkt. 9(102)

Frau Adolf Stein.

Dieselbst auch Preßhose zu haben

Schön möbliertes

Zimmer

zu vermieten. 3(102)

Marktstraße 2 I

Tüchtiges

Dienstmädchen

gesucht. 2(102)

Frau Rosenbauer,

Diezerstraße 12 in Limburg.

Ein ordentliches, sauberes

Zweitmädchen

zum 15. Mai gesucht.

Frau Schäfer,

2(201) Untere Schiede 8.

Gesucht

für sofort mehrere Küchen-

mädchen. 7(102)

Näheres

Park-Hotel, Bad Nauheim.

Damen finden die hiesige

reife Aufnahme. Post-

Briefsch. 286, Telef.

Nr. 4384, Frankfurt a. M.

10,2

Größeres Quantum

Clorkalium

50-55%, bester Ersatz für Ammonial-Superphosphat, auch
als Kaspdünger verwendbar, liefert zum billigsten Tagespreis

5(201)

Robert Schmidt, Niederbrechen.

Kartoffeln und Brot!

Kartoffeln und Brot bilden die Grundlage der Volksernährung. Der Krieg hat seinen Höhepunkt überschritten; es gilt, den Endkampf anzufechten. Jetzt muß es sich zeigen, welches Volk über die zur letzten Anspannung erforderliche Kraft verfügt. Das Volk, das in seiner Naturkraft und damit in seiner Nervenkraft als das Stärkere erscheint, wird siegen. Wir glauben an unser deutsches Volk, wir glauben an eine deutsche Zukunft, daß wir den Endkampf gewinnen werden, wir glauben, daß unsere Kraft dazu ausreicht, auch dann dazu ausreicht, wenn wir etwas schlechter leben, wenn wir uns etwas mehr einschränken müssen als unsere Feinde. Preußen hat sich früher durch Jahre groß gehungert, wir rechnen nur noch mit Monaten. Schon zeigt sich im Osten ein Lichtblick. Frieden mit einem 30 Millionen-Volk, Frieden mit einem reichen Land. Manches kleine Erleichterung wird uns dieser Frieden schon bringen, doch gilt es, zum wirtschaftlichen Endkampf noch einmal alle Kraft einzusetzen.

Die Grundlage der Volksernährung bilden Kartoffeln und Brot. Die Kartoffelanbaufläche ist im letzten Jahre in unserm Bezirk um 20 000 Morgen zurückgegangen. Dieser Rückgang muß wieder beigebracht werden, es muß jeder mindestens soviel Kartoffeln bauen, als er im Jahr 1916 gebaut hat.

Weg mit dem Kleinlichen Kerger, man kann im großen Deutschen Reich nicht Verordnungen machen, die es jedem Einzelnen recht machen und ohne Verordnungen geht es doch einmal nicht. Man kann auch nicht immer die Menschen, die die Verordnungen ausführen haben, so machen, wie man sie haben möchte. Manche Verbitterung rührt nicht von der Verordnung her, sondern von ungeschicklicher Durchführung der Verordnung. Wem verallgemeinere nicht, man halte das große Ziel im Auge: erst Deutschland dann ich, — und der Kerger wird kleiner erscheinen; man denke an das Elend, das die Landwirte Frankreichs in den besetzten Gebieten erleiden; der Kerger wird noch kleiner werden; man denke an das, was uns bevorsteht, unseren Frauen, unseren Kindern bevorsteht, wenn der Feind seine Pferde auf unsern Hofe trinkt, wenn der Feind seine Schützengräben auf unseren Aekern ausheben würde: Der Kerger wird nichtig erscheinen.

Die Grundlage der Volksernährung, das letzte Kampfmittel, das beste Kampfmittel ist flächster Kartoffelbau.

Landwirte, baut mehr Kartoffeln!

Unsere Kinder und Kranke in der Stadt brauchen
Milch.

Wichtiger als das Vieh sind die Menschen!

Landwirte verfüttert daher nicht Vollmilch, sondern
gibt sie ab.